

# RS OGH 1985/10/28 4Ob145/85, 8ObA335/98t, 8ObA293/99t, 8ObA142/00s, 6Ob237/04b

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 28.10.1985

## Norm

BAO §240 Abs3

EStG §78

JN §1 BIIa

ZPO §190 B

## Rechtssatz

Über die Rechtmäßigkeit eines Lohnsteuerabzuges haben ausschließlich die Finanzbehörden im Erstattungsverfahren und Lohnsteuerhaftungsverfahren zu entscheiden. Diese Kompetenz der Finanzbehörden kann aber nur zur Folge haben, daß

- a) das Gericht die Rechtmäßigkeit eines Steuerabzuges nur als Vorfrage beurteilen darf (so3 Ob 69/77), oder
- b) falls dies dem Gericht durch besondere Vorschriften verwehrt wäre, die Entscheidung der zuständigen Abgabenbehörde abzuwarten und dem erhobenen Schadenersatzbegehren, soweit sie dafür überhaupt präjudiziell wäre, zugrundezulegen hätte, oder
- c) wegen bloß objektiv unrichtiger Lohnsteuerberechnung unmittelbar gegen den Dienstgeber zu stellende Erstattungsansprüche überhaupt nicht statthaft wären, was aber nur für die Sachentscheidung von Relevanz sein könnte.

## Entscheidungstexte

- 4 Ob 145/85

Entscheidungstext OGH 28.10.1985 4 Ob 145/85

Veröff: Art 10479 = JBl 1986,803 = SZ 58/156

- 8 ObA 335/98t

Entscheidungstext OGH 12.08.1999 8 ObA 335/98t

nur: Diese Kompetenz der Finanzbehörden kann aber nur zur Folge haben, daß wegen bloß objektiv unrichtiger Lohnsteuerberechnung unmittelbar gegen den Dienstgeber zu stellende Erstattungsansprüche überhaupt nicht statthaft wären, was aber nur für die Sachentscheidung von Relevanz sein könnte. (T1) Beisatz: Soweit nicht der Rechtsgrund des Schadenersatzes eingreift. (T2) Beisatz: Erstattungsansprüche nach § 240 Abs 3 BAO für unrichtig berechnete und an das Finanzamt abgeführte Lohnsteuer sind direkt beim Finanzamt zu stellen. (T3)

- 8 ObA 293/99t

Entscheidungstext OGH 09.03.2000 8 ObA 293/99t

nur: Über die Rechtmäßigkeit eines Lohnsteuerabzuges haben ausschließlich die Finanzbehörden im Erstattungsverfahren und Lohnsteuerhaftungsverfahren zu entscheiden. (T4) Beisatz: Einwände gegen die Richtigkeit der ermittelten Steuerschuld können vom Arbeitnehmer aber auch im Rahmen der gemäß § 257 BAO gewährleisteten Beteiligung am Berufungsverfahren vor der Abgabenbehörde zweiter Instanz geltend gemacht werden. (T5)

- 8 ObA 142/00s

Entscheidungstext OGH 23.11.2000 8 ObA 142/00s

auch; nur T4

- 6 Ob 237/04b

Entscheidungstext OGH 21.04.2005 6 Ob 237/04b

Ähnlich; Beisatz: Über die Rechtmäßigkeit des Steuerabzuges haben ausschließlich die Finanzbehörden zu entscheiden. (T6); Beisatz: Umstände, die die Richtigkeit der dem Grunde und der Höhe nach festgestellten Steuerpflicht tangieren, können von der Beklagten im Regressverfahren nicht mehr releviert werden. (T7)

### **Schlagworte**

SW: Arbeitgeber

### **European Case Law Identifier (ECLI)**

ECLI:AT:OGH0002:1985:RS0036831

### **Dokumentnummer**

JJR\_19851028\_OGH0002\_0040OB00145\_8500000\_001

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2024 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)